

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und sozial- und
gesundheitspolitischen Fraktionssprechers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr.25

**Konzertierte Aktion für eine höhere Wertschätzung
der Pflegeberufe - Verwirklichung des Tarifvertrages
Soziales gemeinsam zügig vorantreiben**

während der Plenarsitzung vom 12.11.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte auf die Ausgangslage eingehen: Dramatischer Fachkräftemangel in der Pflege. Bis 2030 werden allein in Niedersachsen bis zu 50.000 Kräfte fehlen. Beim Lohn gibt es Differenzen von über 800 Euro zwischen Kranken- und Altenpflege. Der Abstand zwischen Niedersachsen und dem Bundesdurchschnitt beträgt 20 Prozent, ein monatliches finanzielles Minus von 400 Euro. Das ist übrigens eine schwere Erblast, die wir an dieser Stelle übernommen haben. Das vergisst der Kollege Matthiesen gern.

Es ist überhaupt keine Frage, dass sich eine Wertschätzung des Berufs in erster Linie auch in der Bezahlung ausdrückt. Tarifverträge sind daher die unabdingbare Voraussetzung für gute Rahmenbedingungen. Leider haben das immer noch nicht alle Einrichtungsträger verstanden. Sie glauben immer noch, dass in Dumpinglöhnen ein Wettbewerbsvorteil besteht. Der bpa droht sogar mit Klage im Falle eines Tarifvertrags „Soziales“ - nach meiner Auffassung ein fataler und schwerwiegender Trugschluss, meine Damen und Herren.

Der Sachstand stellt sich momentan wie folgt dar: Gegen den massiven Widerstand gerade auf der Bundesebene - übrigens auch von den Verbänden, die hier vor Ort verhandeln - verhandeln ver.di und Diakonie seit 2012 über einen Tarifvertrag „Soziales“. Dieser befindet sich momentan, wie Herr Dr. Matthiesen es zu Recht gesagt hat, in einem Abstimmungsprozess, den nicht die Landesregierung vorgibt, sondern der gesetzlich vorgegeben ist.

Wir haben den Vorreiter in Form des Tarifvertrags für Auszubildende in der Pflege. Dieser wurde im Mai an das Bundessozialministerium weitergeleitet, um dort die Frage der Allgemeinverbindlichkeit zu klären. Rechtliche Bedenken wurden erfreulicherweise zurückgewiesen, und dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium wurde die Durchführung des Verfahrens zur Anerkennung der Allgemeinverbindlichkeit übertragen. Deshalb ist beispielsweise der Punkt, den Sie angesprochen haben, schon an dieser Stelle erfüllt. Im Übrigen sind auch die Zuständigkeiten an dieser Stelle völlig klar. Man muss sie nicht neu klären. Mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom September dieses Jahres ist das Verfahren auch durch das Wirtschaftsministerium Niedersachsens eröffnet worden. Die Entscheidung trifft aber nicht das Wirtschaftsministerium, sondern

der zuständige Tarifausschuss. Dieser wird, wenn alles normal läuft, wohl noch in diesem Jahr zu einer Entscheidung kommen.

Ich glaube, an dieser Stelle sind wir uns einig: Gibt es eine positive Entscheidung, wäre das ein Meilenstein auf dem Weg zu einem landes- und bundesweiten Tarifvertrag Soziales, meine Damen und Herren.

Auch wenn es ausschließlich Aufgabe der Tarifvertragsparteien ist, so haben die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen den Fortgang eines Tarifvertrags Soziales auf jede denkbare Art und Weise unterstützt und begleitet. Ich glaube - das wissen auch Sie, aber ich muss es leider wieder sagen, weil ich feststelle, dass die CDU jetzt immer wieder mit Anträgen glänzt, in denen sie mit einem Mechanismus massiver Verdrängung arbeitet, was ihre eigene Regierungszeit angeht -, ich muss erneut darauf hinweisen, dass das, was Sie heute hier vorgetragen haben und fordern, Herr Dr. Matthiesen - da bin ich mir sicher -, Ihre persönliche Meinung und Ihr persönlicher Einsatz ist. Aber es spiegelt nicht das Handeln in zehn Jahren Regierungsverantwortung von CDU und FDP in diesem Land wider.

Ich darf Sie daran erinnern: Der Landtag hatte sich in der vergangenen Legislaturperiode ungefähr 20-mal mit dem Thema Pflege beschäftigt. Dabei war das Thema Dumpinglöhne immer mit im Vordergrund. Im März 2011 haben wir seitens der SPD-Fraktion einen Antrag zur Bekämpfung des Pflegenotstands vorgelegt und die Anerkennung von tariflicher Entlohnung in der Altenpflege, die Beendigung der Dumpinglohnspirale und die Durchsetzung wenigstens von Mindestlöhnen in der Pflege vorgeschlagen. Sie haben das alles damals mit Ihrer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren,
die Koalitionsvertreter haben sich damals hier im Parlament beispielsweise zu der Aussage hinreißen lassen: „Für Niedersachsen kommt das überhaupt nicht infrage.“ - Und nun kommen Sie! Ein bisschen mehr Ehrlichkeit an dieser Stelle täte Ihnen wirklich gut, meine Damen und Herren.

Bei dieser Ausgangslage setzen Sie auch noch einen drauf: Sie erwarten von der Landesregierung nicht nur, dass sie rechtswidrig in die Tarifautonomie eingreift - nichts anderes beschreiben Sie nämlich jedes Mal -, sondern Sie erwarten mit Ihrem Entschließungsantrag sogar noch, dass sie sozusagen vorausschauend Geld in den Haushalt für einen möglichen Abschluss eines Tarifvertrags Soziales einstellt, obwohl niemand erkennen kann, was im Ergebnis dabei herauskommt und wann es vorliegt. Ich finde, ehrlich gesagt, schwarze Magie ist keine Grundlage politischen Handelns. Deshalb werden wir so etwas nicht unterstützen.

Wenn wir schon an dieser Stelle sind, darf ich Sie daran erinnern, was alles in den vergangenen zweieinhalb Jahren von dieser Landesregierung auf den Weg gebracht worden ist. Wir haben in diesen zweieinhalb Jahren die Schulgeldfreiheit gesetzlich gesichert. Es sind neue Wohnformen im Alter eingeführt worden und werden finanziert. Das Programm wird hervorragend abgerufen.

Wir haben die Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung in der Verbandsanhörung. Es wurden Prüfverfahren zusammengefasst. Wir beraten derzeit das neue Heimgesetz im Sozialausschuss. Den Verbänden liegt der Gesetzentwurf für die Einrichtung einer Pflegekammer vor.

Wir erhöhen mit dem Haushalt 2016 die Mittel für ambulante Pflegedienste, also in dem Bereich, in dem gerade CDU und FDP in der vergangenen Wahlperiode um über 20 Prozent gekürzt und gleichzeitig die Kurzzeitpflege im ländlichen Bereich nahezu kaputtgemacht haben.

Ich finde, das sind tolle Leistungen der neuen Landesregierung. Das ist ein tolles Ergebnis innerhalb von zweieinhalb Jahren!

Ich sage Ihnen - da sind wir wohl wieder beieinander -: Die Pflege ist eine der großen sozialpolitischen Herausforderungen. Während sich die CDU offensichtlich immer noch mit ihrer Vergangenheitsbewältigung beschäftigt und dabei übertüncht, was alles sie an dieser Stelle angerichtet hat, glaube ich, dass sich die Leistungsbilanz dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen in der Pflege allemal sehen lassen kann. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Wenn Sie mal in der Realität angekommen sind, können wir das vielleicht gemeinsam. Bisher sind Sie dazu ja leider noch nicht in der Lage.